

Ratsanfrage der Fraktion Die Linke vom 14.12.2010; betreffend Zukunft des Drogenkonsumraumes

Zwischennachricht vom 24.01.2011

Die o.g. Ratsanfrage wird nunmehr wie folgt beantwortet:

*Zunächst darf ich Bezug nehmen auf das am 01.02.2011 stattgefundenene Gespräch der sozialpolitischen Sprecher/ Sprecherinnen des Rates der Stadt und des Städteregionstages sowie der beiden Sozialverwaltungen, an dem auch Ihre Fraktion teilgenommen hat. Einerseits war und ist unstrittig, dass für die Erarbeitung eines städteregionalen Suchthilfeplanes und die Beschlussfassung darüber die Städteregionsverwaltung und der Städteregionstag zuständig sind. Andererseits gibt es keinen Dissens darüber, dass die Stadt Aachen in den entsprechenden Meinungsbildungsprozess eng eingebunden sein muss, da ihre Interessen nicht nur ordnungs-, sondern auch sozialpolitisch und städtebaulich elementar berührt sind. Zu diesem Zweck habe ich der Städteregion verwaltungsseitig einen Mitarbeiter des Sozialdezernates als Hauptansprechpartner benannt, der auch im Arbeitskreis Suchthilfeplanung der kommunalen Gesundheitskonferenz der Städteregion vertreten ist. Über den Fortgang der Planungen werde ich dem Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie regelmäßig berichten.

Vor diesem Hintergrund beantworte ich anhand des derzeitigen Erkenntnisstandes Ihre Fragen wie folgt:

zu 1.

Welchen Stellenwert hat der Schutz schwer heroinabhängiger Menschen vor möglichen Folgen ihrer Krankheit für die Verwaltung und wie bewertet die Verwaltung die weitere Notwendigkeit eines Konsumraums in Aachen?

Die Verwaltung misst der Drogenhilfe, vor allem der Hilfe für die schwerstabhängigen Menschen, einen besonderen Stellenwert zu.

zu 2.

Wie bewertet die Verwaltung die Tatsache, dass ein Rückgang der Besucher/innen des Drogenkonsumraums am Kaiserplatz offensichtlich auf die verkürzten Öffnungszeiten der Einrichtung und keinesfalls auf ihre geringe Annahme zurückzuführen ist, und welche Schlüsse zieht die Verwaltung daraus?

Das Gesundheitsamt der Städteregion führt die rückläufigen Besucherzahlen im Drogenkonsumraum nicht nur auf die verkürzten Öffnungszeiten zurück, sondern auch auf dessen abnehmende Akzeptanz innerhalb der Zielgruppe. Nicht zuletzt aufgrund eines entsprechenden Auftrages der kommunalen Gesundheitskonferenz wird der Bedarf für den Drogenkonsumraum überprüft. Dabei werden die mit der Einrichtung verfolgten hygienischen Ziele und das Anliegen, die Zahl der öffentlich bemerkbaren Konsumvorgänge zu reduzieren, sicherlich eine wichtige Rolle spielen.

zu 3.

Wie bewertet die Verwaltung die Tatsache, dass eine mobile drogentherapeutische Ambulanz (Drogen-Bus), die jeweils für wenige Stunden an verschiedenen Orten präsent ist, dem in der Fachwelt allgemein vertretenen Grundsatz möglichst langer Öffnungszeiten in festen Einrichtungen diametral widerspricht?

Die Frage der dauerhaften Beibehaltung einer "festen" drogentherapeutischen Ambulanz steht im engen Zusammenhang mit der Frage der Erhaltung des Drogenkonsumraumes. Die Art der zukünftigen niederschweligen medizinischen Hilfen für suchtkranke Menschen ist im Übrigen wichtiger Bestandteil der in Arbeit befindlichen Suchthilfeplanung der Städteregion.

zu 4.

Welchen Einfluss dürfen aus Sicht der Verwaltung Interessen von Investoren (konkret: Kaiserplatzgalerie) auf die Zukunft funktionierender Einrichtungen der Beratung und Betreuung inklusive Drogenkonsumraum haben, die seit geraumer Zeit in unmittelbarer Nachbarschaft angesiedelt sind?

Bei Prüfung der Frage, wo Standorte für Drogenhilfeeinrichtungen sein können, müssen zwangsläufig städtebauliche/städteplanerische Überlegungen mit einfließen. Ob konkret der Standort Kaiserplatz beibehalten werden kann oder Alternativen gesucht werden müssen, hängt auch von der weiteren Prüfung hinsichtlich der Bausubstanz und der Höhe der notwendigen Sanierungs- und Modernisierungskosten ab.

zu 5.

Welche Schritte gedenkt die Verwaltung zu unternehmen, um eine Verschlechterung des Angebotes für schwer heroinabhängige Menschen in Aachen zu verhindern?

Wenn die Verwaltung derzeit auch keine Tendenz der Verschlechterung des Angebotes für schwer heroinabhängige Menschen in der Stadt Aachen sieht, so wird sie gleichwohl in den weiteren Beratungen ihren Einfluss nötigenfalls dahingehend geltend machen, dass der derzeitige Standard beibehalten wird."